Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (RS/WL)

Hier die Übersicht. Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert.

1. Die Linke: Mindestens 3,8 Millionen Arbeitslose
2. Die Linke: Fiskalpakt und Europäischen Stabilitätsmechanismus nicht ratifizieren
3. Eurokrise
4. Joseph Stiglitz – "Politics Is at the Root of the Problem"
5. The Inflation Threat Is a Bogeyman
6. Monti macht in Medien – Italiens Ministerpräsident wendet sich gegen Berlusconis Medienpolitik
7. Soziologe Wolfgang Streeck über Goldman Sachs: Die Goldmänner sind überall
8. Psychische Erkrankungen – Die Arbeitswelt in den Blick nehmen, nicht die Privatsphäre!
9. 1. Mai in Berlin: Polizei kontrolliert Versammlungen nach Gutdünken und schränkt Versammlungsfreiheit ein
10. Bascha Mika – Der Irrtum der Wölfe
11. Politik, die zum Leben nicht reicht
12. Tausende Arbeitsplätze bei Lufthansa gefährdet
13. Transparenzlücke bei Parteispenden schließen
14. GEW: „Freiheit braucht Verantwortung"
15. Unparteilich, weil unparteiisch
16. Reality TV stellt teilweise fast 50 Prozent Programm
17. Das Letzte: Joachim Paul (Die Piraten) der überzeugendste Ministerpräsidentenkandidat in NRW
18. Zu guter Letzt: Facebook and You

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Die Linke: Mindestens 3,8 Millionen Arbeitslose**
   Über eine halbe Million nicht erwerbstätige Personen – die sog. stille Reserve – taucht in keiner Arbeitslosenstatistik auf, weil sie sich entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben und sich nicht (mehr) als arbeitslos registrieren lassen.

Quelle 1: Die Linke [PDF – 15.8 KB]
Quelle 2: Zur offiziellen Meldung der Agentur für Arbeit [PDF – 1.5 MB]

Dazu:

Jubel! Arbeitslosigkeit endlich besiegt!
In unserer kleinen Reihe "Lügen statt Atmen" befassen wir uns heute mit dem aktuell bejubelten Sinken der offiziellen Arbeitslosigkeit unter die Zahl vom 3 Millionen Erfassten. Das ist ja so gut wie Vollbeschäftigung®, wie wir durch das Ministerium für Wahrheit wissen. Schauen wir uns also eine weitere Grafik an und erinnern uns, warum Helmut Schmidt 1982 als Kanzler zurückgetreten wurde: Die Zahl der Arbeitslosen ging auf die 2 Millionen zu…
Ihre Nachfolger bejubeln jetzt knapp 3 Millionen, zuzüglich Minijobber, Befristete, Praktikanten und Frührentner.
Was sind wir doch bescheiden geworden.
Quelle: Feynsinn

2. **Die Linke: Fiskalpakt und Europäischen Stabilitätsmechanismus nicht ratifizieren**
Arbeit und Soziales/Antrag
Die Bundesregierung soll sich nach dem Willen der Fraktion Die Linke in der Europäischen Union für einen politischen Kurswechsel einsetzen, „der darauf abzielt, soziale Standards zu erhalten und auszubauen sowie die Krisenverursacher zur Rechenschaft zu ziehen". Zu einem solchen Kurswechsel zählt die Fraktion in einem Antrag (17/9410), dass Deutschland weder den Fiskalpakt noch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ratifiziert und die Bundesregierung für diese Position bei den Regierungen und Parlamenten der anderen EU-Staaten wirbt.
Auch sollten Darlehen an notleidende Staaten „nicht mehr an den Abbau sozialer Standards, das Aushöhlen von Tarifvertragssystemen und das Absenken von Mindestlöhnen gekoppelt" werden, heißt es in der Vorlage weiter. Stattdessen seien die öffentlichen Haushalte der Eurozone „von den Finanzmärkten abzuschirmen, indem Kredite über eine öffentliche Bank vergeben werden, um Zinsaufschläge zu verhindern".
Ferner fordert die Fraktion, Einschnitte im öffentlichen Dienst, der Arbeitslosen- und der Rentenversicherung sowie erhöhte Verbrauchssteuern und eingeleitete Privatisierungen zurückzunehmen. „Statt Bankenrettung und Sparpakete" solle die Politik in der EU beschäftigungsschaffende und sozialpolitische Maßnahmen initiieren.

Dazu gehörten ein „europaweites Zukunftsinvestitionsprogramm zum sozialökologischen Umbau, kurzfristig Konjunkturpakete in den Krisenstaaten und sanktionsfreie Mindestsicherungssysteme“.
Zur Krisenbewältigung soll dem Antrag zufolge eine EU-weite Vermögensabgabe und eine „echte Bankenabgabe“ in der Europäischen Union eingeführt werden „sowie zur Begrenzung der Spekulation eine europaweite Finanztransaktionssteuer“. Darüber hinaus plädieren die Abgeordneten in der Vorlage dafür, in Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von zehn Euro pro Stunde und eine „sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung einzuführen“. Zur Stärkung der Binnennachfrage sei zudem in Deutschland eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen um 125 Milliarden Euro jährlich erforderlich, schreibt die Fraktion.
Quelle: Deutscher Bundestag

3. **Eurokrise**